

Kosten des Staatsvertrags werden an die UBS überwält

Bern, 1. Dezember 2010

Medienmitteilung

Kosten des Staatsvertrags werden an die UBS überwält

Nationalrat stimmt Forderung der FDP-Liberale Fraktion zu

Schon im Frühling forderte die FDP-Liberale Fraktion, der Bundesrat solle die Grundlagen schaffen, damit der UBS im Zusammenhang mit der USA-Affäre eine Rechnung ausgestellt werden kann. Heute hat der Nationalrat der UBS ohne Gegenstimme die Vollkosten von 40 Millionen Franken auferlegt, die aus dem Staatsvertrag mit den USA entstanden sind. *FDP.Die Liberalen* freut sich über diesen Entscheid. Nun wird nicht der Steuerzahler, sondern die Grossbank zur Kasse gebeten.

Nationalrätin Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, freut sich:

„Der Staatsvertrag mit den USA hat die Schweiz viel Geld gekostet. Diese Kosten muss die UBS tragen, welche die Probleme verursacht hat – nicht der Steuerzahler.“

Die Motion 10.3033 „Rechtsgrundlage für die Überwälzung sämtlicher Kosten an die UBS“ der FDP-Liberale Fraktion im Internet:

http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103033

Kontakte:

› Nationalrätin Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88

› Noé Blancpain, Kommunikationschef, 076 748 61 63